

**Ergebnisprotokoll
über die Sondersitzung des Akademischen Senats am 10. Januar 2006 (VI/25) von
14.00 Uhr bis 17.00 Uhr im Konzilzimmer**

Vorsitz: Prof. Dr. Edda Siegl, MNF

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder:

Prof. Dr. Wolfgang Bernard, PHF	
Prof. Dr. Michael Hembus, AUF	
Prof. Dr. Dr. Wolfgang D. Gruner, PHF	bis 17.00 Uhr, i. V. von Prof. Dr. W. Nieke, PHF
Prof. Dr. Bernhard Lampe, IEF	
Prof. Dr. Dr. Theodor Nebl, WSF	
Prof. Dr. Dieter Neßelmann, MNF	
Prof. Dr. Mathias Paschen, MSF	
Prof. Dr. Reinhard Schmidt, MEF	i. V. von Prof. Dr. Rudolf Guthoff, MEF
Prof. Dr. Peter Schuff-Werner, MEF	ab 14.20 Uhr
Prof. Dr. Hans-Joachim Schütz, JUF	
Dr. Barbara Amling, SZ	bis 16.30 Uhr
Dr. Andreas Crusius, MEF	
Dr. Cornelia Mannewitz, PHF	
Dr. Viola von Oeynhausen, MNF	
stud. Sandro Geister, WSF	
stud. Ludmila Lutz, WSF	
stud. Daniel Münzner, MNF	
stud. Maik Walm, PHF	
Ingrid Klingbeil, IEF	
Dr. Christa Radloff, RZ	bis 15.00 Uhr

Anwesende beratende Mitglieder:

Prof. Dr. Hans Jürgen Wendel	Rektor
Prof. Dr. Detlef Czybulka	Prorektor, bis 16.00 Uhr
Prof. Dr. Karl Hantzschmann	Prorektor, bis 15.00 Uhr
Prof. Dr. Gerd Röpke	Prorektor
Joachim Wittern	Kanzler, ab 14.40 Uhr
Prof. Dr. Wolfgang Riedel	Dekan AUF
Prof. Dr. Ursula van Rienen	Dekanin IEF
Prof. Dr. Alfred Leder	Dekan MSF
Prof. Dr. Ralph Weber	Dekan JUF
Prof. Dr. Udo Kragl	Dekan MNF
Prof. Dr. Gabriele Nöldge-Schomburg	Dekanin MEF

Prof. Dr. Werner Müller	Dekan PHF
Prof. Dr. Hermann Michael Niemann	Dekan THF
Prof. Dr. Jakob Rösel	Dekan WSF
Prof. Dr. Wolfgang Schareck	Präsident des Konzils
Prof. Dr. Gottfried Benad	Ehrensensator, bis 16.20 Uhr
Prof. Dr. Otto Fiedler	Ehrensensator
Prof. Dr. Horst Pätzold	Ehrensensator
Dr. Sybille Bachmann	Vorsitzende Gesamtpersonalrat
Prof. Dr. Helga Joswig	Behindertenbeauftragte
Christian Berntsen	StuRa-Präsident
Sabrina Hanella	stellv. AStA-Vorsitzende

Vorläufige Tagesordnung:

Informationen des Rektors über die Ergebnisse der Klausurtagung der Hochschulleitung mit den Dekanen

Zur Sondersitzung des Senats waren im Rahmen der Universitätsöffentlichkeit zahlreiche Gäste erschienen.

Auf Antrag des stud. Senators Walm sprach sich der Senat mehrheitlich dafür aus, zusätzliche Sitzplätze im Vorraum des Konzilzimmers zuzulassen.

Die Vorsitzende des Senats schlug folgenden Ablauf für die Sitzung vor:

- Bericht des Rektors
- Bericht der Dekane
- Lesepause für die Tischvorlage des Rektors mit den Ergebnissen der Klausurtagung
- Diskussion
- Abstimmung über die Tischvorlage

Stud. Senator Walm äußerte Bedenken bezüglich der geplanten Abstimmung über die Tischvorlage. Als Grund gab er den engen zeitlichen Rahmen für die Diskussion im Senat an.

Weitere Einwände zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen.

Der Rektor ging zu Beginn seiner Ausführungen auf die aktuelle hochschulpolitische Situation ein. Die Landesregierung hat bereits eine Landtagsvorlage mit eigenen Kürzungsplänen (u. a. Schließung der Juristischen Fakultät in Rostock) und die Novellierung des Landeshochschulgesetzes (u. a. mit Schließungsmöglichkeiten von Studiengängen durch das Bildungsministerium) auf den Weg gebracht. Außerdem verlangt die Landesregierung von der Universität Rostock, insbesondere mit Hinweis auf die rechtzeitige Festlegung von Bauinvestitionen, das Gesamtabbauvolumen bis 2020 im Umfang von 298 Personalstellen bereits jetzt festzulegen. Ein Einsparpotential von 182 Stellen hat die Universität bereits in Umsetzung gebracht. Die Universitätsleitung und die Dekane hatten sich unter diesem Druck nun entschlossen, ein Umsetzungskonzept für die verbleibenden 116 einzusparenden Stellen zu erarbeiten. Die Universitätsleitung ist nach wie vor der Ansicht, dass diese Einsparungen für die Universität Rostock schlecht sind.

Das auf der Klausurtagung abgestimmte **Konzept „Struktur und Entwicklungsplanung der Universität Rostock unter Einsparzwang – Strukturreduktion und Einsparungen bis 2020“** gliedert sich in folgende Abschnitte:

1. Grundsätze und Kriterien für Entscheidungen über Strukturreduktionen
2. Konsequenzen für die Entwicklungsplanung der Universität Rostock
3. Abbauplan zur Stellenreduzierung 2003 bis 2017
4. Planung durch Zielvereinbarungen.

Im **1. Abschnitt** wurden folgende Grundsätze für die Bedeutsamkeit von Fachgebieten definiert: Beitrag zur Profilschärfung der Universität, Erhaltung von leistungsfähigen Alleinstellungsmerkmalen, Verstärkung der Kooperation zwischen der Universität und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie Beitrag für die Ausbildungserfordernisse des Landes. Folgende Kriterien wurden für die Entscheidung bei Strukturreduktionen in den Fachgebieten aufgeführt: überregionale Bedeutsamkeit (u. a. SFB, Exzellenzinitiative, Graduiertenkollegs), Sicherstellung des Landesbedarfs unter bestmöglichen Bedingungen, Beitrag zur Landesentwicklung, Einschätzung der Bedeutung von Doppelungen und Redundanzen von Studiengängen sowie Dauer der Umsetzbarkeit.

Der konkrete Umsetzungsvorschlag für die Einsparmaßnahmen an der Universität wurde im **2. Abschnitt** aufgezeigt. Durch Auswertung der Aspekte - Vernetzung der Fakultäten in den geplanten Forschungsverbünden und –projekten, Fächer mit Alleinstellungsmerkmal im Land, keine gänzliche Aufgabe eines Fachgebietes, Konzentration der Lehrerausbildung in Rostock, Juristenausbildung mit Minimalausstattung von 14 Professuren – wurden in der Klausurtagung die Fächer an der Universität im Ausschlussverfahren analysiert.

Im **3. Abschnitt** wurden die konkreten Einsparvolumen im wissenschaftlichen Bereich für die Fakultäten definiert:

Fakultät	Einsparvolumen im wissenschaftlichen Bereich von 2012 bis 2017 insgesamt (Professuren + wiss. Mitarbeiter)
AUF	3 (0 + 3)
IEF	9 (4 + 5)
JUF	3 (0 + 3)
MNF	7 (2 + 5)
MSF	11 (4 + 7)
PHF	3 (1 + 2)
WSF	BWL 22 (5 + 17), VWL 2 (0 + 2)

Die zu erbringenden Einsparungen von 56 Stellen im nichtwissenschaftlichen Bereich sollen in einem gesonderten Plan ausgewiesen werden.

Die MEF erbringt nach einem eigenen Einsparplan 16,75 Stellen (10 + 6,75) aus dem wissenschaftlichen Bereich und 10,25 Stellen aus dem nichtwissenschaftlichen Bereich.

In seinen Ausführungen legte der Rektor großen Wert auf die Aussage, dass insbesondere die Einsparungen in der Betriebswirtschaftslehre notwendig werden, weil die Universität über ihren proportionalen Anteil vom Gesamtvolumen an Einsparungen im Hochschulbereich hinaus 24 Stellen erbringen muss. Außerdem war es wichtig, dass in der Konsequenz dieses Einsparkonzepts kein wissenschaftliches Fachgebiet gänzlich aufgegeben werden muß.

Das o. g. Konzept zur Erbringung der Einsparungen wurde in der Klausurtagung mit Ausnahme eines Dekans von allen Mitgliedern der Universitätsleitung und den Dekanen getragen.

Aussagen zum weiteren Verfahren werden im **4. Abschnitt** getroffen. Die Universität erwartet von der Landesregierung im Gegenzug Planungssicherheit bis 2020, Realisierung der geplanten Investitionsvorhaben und keine Eingriffe in die Studienstruktur.

Im Anschluss an die Ausführungen des Rektors nahmen die Dekane zum vorgeschlagenen Einsparkonzept Stellung. Wie auch die Universitätsleitung halten die Dekane die geplanten Kürzungen von Wissenschaftlerstellen im Land für den falschen Weg. Um Schaden von der Universität abzuweisen und unter erheblichen Bedenken haben die Dekane bis auf den Dekan der WSF die Einsparvorschläge akzeptiert. Prof. Dr. Rösel, Dekan der WSF, und Prof. Dr. Göbel, Prodekan der WSF (Teilnehmer an der o. g. Klausurtagung), kritisierten den bisherigen Verfahrensweg, wonach ihre Fakultät ungenügend einbezogen worden ist, und begründeten ihre ablehnende Haltung zum Konzept. Die WSF soll gegenüber den anderen Fakultäten eine erheblich höhere Einsparrate erbringen. Prof. Dr. Göbel wies zudem auf eine Abweichung beim Einsparvolumen seiner Fakultät in der Tischvorlage zu den Aussagen in der Klausurtagung hin. Durch die geplanten Einsparmaßnahmen an der WSF kann in der Betriebswirtschaftslehre kein Masterstudiengang mehr angeboten werden. Dazu wären die professorale Vertretung der wissenschaftlichen Fachgebiete Personalwirtschaft und Organisation unabdingbar. Prof. Dr. Göbel begrüßte die geplanten Synergieeffekte, die in der Klausurtagung vorgeschlagen worden sind.

Der Rektor stellte hinsichtlich der o. g. Abweichung klar, dass die Professur für Wirtschaftsinformatik („Wirtschaftsingenieurwesen“ - fehlerhafte Angabe in der Tischvorlage Seite 5) künftig der IEF zugeordnet werden soll. Außerdem sicherte der Rektor zu, dass Detailfragen zum Konzept noch geregelt werden können.

Im Anschluss an die Ausführungen fand eine 25-minütige Lesepause zur Tischvorlage statt.

In der darauf folgenden **Aussprache** wurden folgende Auffassungen vertreten:

- Zahlreiche Senatsmitglieder forderten die Fakultäten zur Solidarität für den Erhalt der Betriebswirtschaftslehre einschließlich der Masterausbildung auf.
- Konsens wurde darüber erzielt, dass Synergieeffekte in Forschung und Lehre insbesondere über die Fakultätsebene hinaus besser genutzt werden müssen.
- An der Umsetzung des Konzeptes zur Leistungsmessung und -bewertung soll festgehalten werden.

- Einige Senatsmitglieder äußerten Kritik am Verlauf des bisherigen Verfahrens (der u. a. durch Zeitdruck, ungenügende Beteiligung der studentischen Vertreter und der Gremien gewesen sei). Dieser Kritik entgegneten der Rektor und einige Senatsmitglieder mit den Hinweisen, dass der Rektor und die Dekane als die ausführenden Organe (Exekutive) für die Erarbeitung eines Konzeptes verantwortlich seien und dass der Senat seit der Bekanntgabe des Personalkonzeptes der Landesregierung die Möglichkeit zu Strukturdiskussionen hatte.

Unmittelbar vor den Beschlussfassungen zum o. g. Konzept schlug die Vorsitzende des Senats eine Ergänzung der **Geschäftsordnung** in Anpassung an die bisherige Abstimmungspraxis vor, nämlich die Stimmenthaltungen zu den abgegebenen Stimmen zu zählen. Durch Zurufe lehnte der Senat eine Beschlussfassung über den Antrag ab. Das Justizariat hatte aus Anlass des knappen Abstimmungsergebnisses zum Antrag von Senator Prof. Dr. Paschen in der Sitzung am 4. Januar 2006 die Abstimmungsregeln der Geschäftsordnung des Senats rechtlich geprüft. Die Beschlüsse des Senats werden gemäß § 11 der Geschäftsordnung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Die Geschäftsordnung enthält keine Aussage zu den Stimmenthaltungen. Nach Aussagen des Justiziariats werden die Stimmenthaltungen traditionell nicht zu den abgegebenen Stimmen gezählt, es werden also nur die Ja- und die Neinstimmen gezählt.

Der Senat fasste im Ergebnis der Aussprache folgende Beschlüsse:

1. Der Senat leitet folgenden Arbeitsauftrag an die Hochschulleitung weiter:
"Die Strukturentscheidung bzgl. der WSF wird die Universitätsleitung gemeinsam mit der WSF überarbeiten mit dem Ziel, die notwendigen Stellen zu schaffen, die einen Masterstudiengang ermöglichen." (Antrag von Senator Prof. Dr. Neßelmann)

Beschlusnummer:	VI/108
Abstimmungsergebnis:	18/0/0

2. Der Senat stimmt dem Konzept „Struktur und Entwicklungsplanung der Universität Rostock unter Einsparzwang – Strukturreduktion und Einsparungen bis 2020“ mehrheitlich zu.

Beschlusnummer:	VI/109
Abstimmungsergebnis:	10/7/1

bestätigt:	Protokoll:
------------	------------

Prof. Dr. Edda Siegl
Vorsitzende des Senats

Isabella Gatzke
Referat 1.2